

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Arbeit und Soziales

72. Sitzung
3. September 2026

Beginn: 09.02 Uhr
Schluss: 11.56 Uhr
Vorsitz: Lars Düsterhöft (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0345](#)
ArbSoz
**Auswirkungen der geplanten Reform der
Eingliederungshilfe im Bund**
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0096](#)
ArbSoz
**Aktueller Stand der Umstellung auf BTHG mit
besonderem Blick auf die Situation der
Teilhabe-fachdienste**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0185](#)
ArbSoz
**Eingliederungshilfe vor Pflegeleistungen? –
Umsetzung des TIB in den Bezirken**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

Hierzu: Anhörung

Ich freue mich ganz besonders, dass Frau Herzig-Pairan bei uns ist. Hallo! Herr Delius ist heute auch da. Schön, dass Sie da sind! Schön, dass unsere Anzuhörenden heute hier sind, einmal Frau Kulzk, Sprecherin des AKT, Arbeitskreis freier Träger der Behindertenhilfe Berlin und Geschäftsführerin des Zukunftssicherung Berlin e. V. in Begleitung von Frau Bäumer, ebenfalls Sprecherin des AKT und Geschäftsführung der aktion weitblick – betreutes Wohnen – gGmbH. Dann ist auch noch mit uns Frau Schütz, LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Berlin, Referentin für Eingliederungshilfe, Suchthilfe, psychosoziale Hilfen beim Diakonischen Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e. V. Schön, dass Sie heute hier sind!

Ich gehe davon aus, dass ein Wortprotokoll gewünscht ist. – Danke, Frau Wahlen, dass Sie nicken! Dann kommen wir zur Begründung von Punkt 3 a durch die Linken. – Bitte schön!

Katina Schubert (LINKE): Ich kann es ganz kurz machen. Wenn man sich die Liste der möglichen Maßnahmen der kommunalen Spitzenverbände der Bundesregierung und einiger Landesregierungen anschaut, droht keine effizientere Eingliederungshilfe, sondern eine massive Kürzung von Teilen der Eingliederungshilfe. Das wird natürlich erhebliche Auswirkungen auf die Eingliederungshilfe in Berlin haben. Deswegen würden wir gerne wissen, wie die Anzuhörenden das einschätzen, was da möglicherweise auf die Betroffenen, aber auch auf die politische Landschaft zukommt.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Haben Sie vielen Dank! – Dann 3 b vermutlich durch die Grünen. – Bitte schön!

Catrin Wahlen (GRÜNE): Wir sprechen über zehn Jahre Bundesteilhabegesetz und müssen natürlich erst mal darüber sprechen, in welcher Realität diese Debatte überhaupt stattfindet.

Wir haben 32 700 Menschen in der Eingliederungshilfe in Berlin. Wir haben eine bestimmte Höhe an Ausgaben, 1,37 Milliarden Euro, und eine gesellschaftliche Entwicklung, die sich hier widerspiegelt. Leistungsbeziehende werden immer älter. Die Kosten steigen, aber die Frage ist natürlich: Warum steigen sie? Wir müssen deshalb auch die Punkte Inflation, Tarifentwicklung, Demographie und die gewollte Qualitätsverbesserung einbeziehen und die Zahlen differenziert betrachten. Eine Leistung, die heute mehr kostet als vor zehn Jahren, ist nicht automatisch ineffizienter, sondern Personalräume und Sachleistungen sind teurer geworden. Wir brauchen und wollen gute, verlässliche und qualifizierte Unterstützung. Deswegen müssen wir darüber sprechen, wo die Ineffizienzen entstehen, und hier haben wir einiges zu besprechen. Unser Ziel muss sein und bleibt es auch, das System besser zu machen und nicht die Rechte der Menschen zu kürzen.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank, Frau Wahlen! – Dann darf ich den Punkt 3 c begründen.

Lars Düsterhöft (SPD): Es freut mich wirklich sehr, dass wir heute noch einmal über dieses sehr wichtige Thema sprechen und noch mal gemeinsam die Möglichkeit haben, ein Stück weit politische Aussagen zu diesem wichtigen Bereich zu tätigen, weil wir auf Koalitionsverhandlungen zugehen. Wir werden in Berlin in den nächsten Monaten gemeinsam darüber reden, wie es mit der Eingliederungshilfe weitergeht – da werden wir gewiss auch etwas hören zu dem Binnenverhältnis innerhalb der Senatsverwaltung, auf der einen Seite Soziales, auf der anderen Seite Finanzen – und damit den Dialog fortsetzen, den wir am letzten Freitag beginnen konnten. Da waren drei von uns bereits bei einer sehr guten Veranstaltung vor Ort und haben uns ausgetauscht. Da war die Situation nur andersherum: Wir wurden gefragt und mussten Stellung beziehen. Deswegen finde ich es sehr gut, dass wir es heute noch mal umdrehen und in diesem politischen Raum die Chance nutzen, das Thema zu setzen und uns klar zu positionieren. Schön, dass Sie da sind, und auch wir freuen uns auf die Anhörung.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Dann hat Frau Senatorin signalisiert, sie möchte mit einer kurzen Stellungnahme einsteigen. Danach wären Sie dran, Frau Schütz.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank! – Aufgrund der Haushaltslage des Bundes hören wir immer wieder, dass in allen asSozialversicherungszweigen Kürzungen geplant werden: bei der Jugendhilfe, bei der Rente, beim SGB II hatten wir schon das SGB-II-Änderungsgesetz, und so weiter und so fort. Ich sehe das sehr kritisch, ehrlich gesagt, weil es natürlich für Verunsicherung sorgt, gerade in diesen Zeiten. Bei der Reform der Eingliederungshilfe können wir noch nicht sagen, was die Auswirkungen sein werden. Es gibt diverse Beschlüsse. Es gibt einen MPK-Beschluss. Es gibt einen Beschluss im Rahmen des Dialogprozesses mit Empfehlungen. Es gibt einen Kanzleramtsprozess, und es gibt ein Entschließungsbeschluss der Länder im Bundesrat. All das muss dann in einen Referentenentwurf oder Gesetzesentwurf münden. All diese Beschlüsse wird das BMAS zunächst abklären, und soweit ich weiß, plant das Bundesministerium für Arbeit und Soziales bis zum Herbst dieses Jahres eine Einigung zu finden, aber der Kabinettsbeschluss soll Anfang nächsten Jahres da sein.

Für uns als Senatsverwaltung ist es wichtig, dass wir die Menschen mit, aber auch ohne Behinderung im Regelsystem bedarfsgerecht versorgen. Wir haben deshalb in diesem Dialogprozess als Land Berlin, aber auch andere Bundesländer, den Bund aufgefordert, sich mit ei-

nem höheren Beitrag zu beteiligen. Es geht immer um Effizienz. Wir wollen auch Effizienz. Wir sehen die Ausgabendynamik. Wir haben uns deshalb auf Landesebene mit einer Arbeitsgruppe „Effizientere Sozialausgabensteuerung“ beteiligt, in Federführung der Senatsfinanzverwaltung, und Vorschläge gemacht. Wir sind im Austausch mit der LIGA, und diese Effizienz wollen wir natürlich auch, aber es kann nicht sein, dass diese Prozesse und Empfehlungen in ein Gesetz münden, wo es lediglich um Sozialkürzungen geht. Aus unserer Sicht, aus meiner Sicht, sind die Empfehlungen des Dialogprozesses kritisch zu betrachten. Aus meiner Sicht ist ein Ziel des Bundesteilhabegesetzes nicht erreicht, nämlich die Ausgabenbegrenzung, und daran muss der Bund gemeinsam mit den Ländern arbeiten. Ich freue mich auf die Anhörung heute mit den Expertinnen und Experten und über den Austausch und bedanke mich ganz herzlich. – Danke!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank, Frau Senatorin! – Fangen wir mit unseren Anzuhörenden an. Sie haben insgesamt ungefähr fünf Minuten Zeit. Wenn Sie deutlich darüber liegen, bekommen Sie irgendwann böse Blicke zugeworfen und fühlen sich dann hoffentlich gestört. Im Anschluss haben die Abgeordneten die Möglichkeit, ihre Fragen zu stellen, und dann dürfen Sie selbstverständlich darauf noch mal eingehen, und da schaue ich dann auch nicht mehr so sehr auf die Uhr. – Bitte schön!

Elisabeth Schütz (LIGA): Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die LIGA bedankt sich für die Einladung zur Anhörung. Wir wollen hier nicht nur Hürden und Fehler beklagen, sondern auch Lösungen und Forderungen der LIGA benennen. – Ich führe noch mal auf, was geschah: Am 8. August 2024 wurde mit Senatsbeschluss eine fristauslösende Aufforderung zu Anpassungsverhandlungen mit Kündigungsandrohung und Fristbestimmung kommuniziert. Am 31. März 2025 scheiterte eine gemeinsame Beschlussfassung am Widerspruch des BPA. Eine einseitige Verordnung drohte. Diese konnte verhindert werden. Am 14. Mai 2025 haben LIGA und Land einen öffentlich-rechtlichen Vertrag für die Eingliederungshilfe ohne BPA geschlossen, und dieser gilt ab 1. Januar 2027. Für den Übergangs- und Umsetzungsprozess bis Ende 2026 und danach wurde eine Ziel- und Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Am 15. Mai 2025 hat das Land Berlin den Berliner Rahmenvertrag sowie die entsprechenden Beschlüsse zu Ende 2026 gekündigt. Dieser öffentlich-rechtliche Vertrag – örV – folgte jahrelangen Verhandlungen. Der Vertrag ist ein Kompromiss, Umsetzungen sind kompliziert und komplex. Für über 800 Aktenzeichen und circa 20 000 Personen wird die Assistenzleistung auf eine neue Leistungs- und Vergütungsstruktur ohne Piloten unter Zeitdruck umgestellt. Es sind Fehler passiert. Es passieren Fehler, und es gibt Reibungen. Eine immense Arbeit wird an der Belastungsgrenze und manchmal auch über die Belastungsgrenze hinaus geleistet. Dieses Tempo war politisch gewollt. Zukünftig brauchen wir eine andere Dynamik und Zeit für geordnetes, umsichtiges Arbeiten.

Allen Beteiligten dieses Prozesses gebührt Respekt und Würdigung. Die Wertschätzung gilt den Mitarbeitenden bei den Leistungserbringern. Es gab nach der Coronapandemie kaum Zeit zum Aufatmen. Ein Dank geht an die Führungsebenen der Leistungserbringer. Wir wissen, dass die Toleranz gegenüber Fehlern, Hürden und Haltungsveragen aufgebraucht ist. Die Wertschätzung gilt den Mitarbeitenden der Landesverwaltungen. Ich danke, würdige und benenne stellvertretend für viele andere Frau Herzig-Pairan. Wertschätzung und Würdigung auch den Teilhabefachdiensten. Sie verdienen endlich eine angemessene digitale Infrastruktur. Die Leistungsberechtigten dieser Stadt dürfen erwarten, dass es reibungslose Prozesse gibt,

die es aktuell nicht gibt, diese orientiert an der UN-BRK und dem SGB IX, Informationen in angemessener Sprache, ein einheitliches Vorgehen der Teilhabefachdienste, Verfahren, die nicht dem Leistungsrecht widersprechen, fristgerechtes Handeln, freundliche, offene Sozialräume, niedrigschwellige Leistungen der Daseinsvorsorge, Chancen auf dem Wohnungsmarkt und anderes mehr.

Zu den Details Ihrer Fragen: Auf Bundes- und Landesebene wird die Effizienz des Sozialstaates hinterfragt. Fragen Sie mich nachher gerne intensiv. Hier an der Stelle in Kürze: Effizienz entsteht nicht durch Leistungskürzung, sondern durch kongruente Verfahren, Koordination, Kooperation und Rechtsvereinfachung. Details gerne im Anschluss. – Ich möchte die Erwartungen und Forderungen der LIGA kommunizieren. Die LIGA fordert angemessene, realistische Zeit zur sorgfältigen Umsetzung der neuen Leistungsstrukturen für Assistenzleistungen. Die Verwaltungen benötigen übrigens auch zeitliche Ressourcen für die Verhandlungen. Es ist illusorisch anzunehmen, dass Ende 2026 oder Ende des ersten Quartals 2027 dieser Prozess abgeschlossen sein könnte. Wir fordern und erwarten Verlässlichkeit und Verbindlichkeit. Grundlage ist der öRV. Wir erwarten, dass sich alle Arbeitsbereiche und Ressorts an diese Regeln des neuen Leistungs- und Vergütungsrechts halten. Wir erwarten, dass Verfahren kongruent zum Leistungsrecht erfolgen. Das ist zentral für einen Effizienzgewinn in Berlin. Die aktuellen Verfahrensunterlagen zur Ziele- und Leistungsplanung 2.0 für Bescheide und Kostenübernahmen entsprechen nicht dem öRV. Ich bin gebeten, hier zu sagen: Wir erwarten eine Überarbeitung. Wir erwarten eine zeitnahe Sicherung der pauschalen Fortschreibungen. Wir erwarten eine Gesamtstrategie, die dem Grundsatz folgt: Vergütung folgt Leistung. Leistungsforderungen müssen vergütet werden und in den Arbeitsbereichen abgestimmt sein. Wir erwarten einheitliches Handeln der Bezirke. Wir arbeiten gemeinsam gerne an der verabredeten Evaluierung und hoffen, dass wir die Dinge einfacher und weniger bürokratieaufwendig machen können. Gerne gehe ich im Detail weiter auf diese einzelnen Prozesse ein, und gerne können Sie mir auch Fragen zur Schnittstelle Eingliederungshilfe und Pflege stellen.

Die Umsetzung des öffentlich-rechtlichen Vertrages Eingliederungshilfe ist ein Wendepunkt für die Eingliederungshilfe in Berlin. Die Freie Wohlfahrtspflege ist Partner in diesen schwierigen Zeiten. Für uns sind partizipative und vertrauensvolle Prozesse eine Vertrauenskultur, Teilhabebasis für planbare Verfahren und wirtschaftlich verantwortliches Agieren. – Danke!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Haben Sie vielen lieben Dank für Ihre Ausführungen! – Frau Kulzk!

Irit Kulzk (AKT): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Anwesende hier im Raum! Wir bedanken uns für die Einladung, dass wir sprechen dürfen über das, was uns beschwert und wer wir sind. Mein Name ist Irit Kulzk. Neben mir sitzt Gabriela Bäumker. Wir sind die Sprecherinnen des Arbeitskreises freier Träger. Dieser besteht aus 32 Leistungserbringern, das heißt, wir begleiten mit 7 000 Mitarbeitern rund 9 000 Leistungsberechtigte und stellen damit einen erheblichen Teil der Landschaft dar. Wir treffen uns einmal monatlich zum offenen Austausch. Wir sprechen heute zu Ihnen, da wir ziemlich verzweifelt sind, wie sich der laufende Prozess gestaltet und wir dafür werben wollen, dass Sie uns unterstützen, die Umstellung praxistauglich zu gestalten und Fristen realistisch zu setzen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Aktuell haben wir in Berlin – die Aussagen schwanken – 35 000 Menschen gefunden. Frau Wahlen hatte 32 700, Frau Schütz hat 20 000 Personen. Ich denke aber, der Personenkreis ist in dieser Größenordnung. Wir haben ausgerechnet, wenn zum 1. Januar 2027, was der Plan ist, alle Menschen, die eingliederungsberechtigt sind, umgestellt werden sollen, wird das bei zwölf Bezirken für jeden Bezirk 2 900 Anspruchsberechtigte bedeuten, die angefasst werden müssen. Wir haben gesehen, dass diese Herausforderung zum 1. Januar 2026 nicht gut gelungen ist und wir alle noch mit den Folgen beschäftigt sind.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Gabriela Bäumker (AKT): Die Grundlage für die Vereinbarung sind überarbeitete Fachkonzepte. Bisher wurden von den Trägern nur sehr wenige bei der Senatsverwaltung eingereicht, da es immer noch viele Themen gibt, die nicht eindeutig definiert sind und wiederholt im laufenden Prozess verändert und angepasst werden. Alle Träger müssen bis zum 30. September die Fachkonzepte abgeben haben, um bis zum 1. Januar 2027 Vereinbarungen zu erhalten. Das bedeutet, dass 803 Verträge umgestellt und neue Vereinbarungen zum 1. Januar mit der Senatsverwaltung geschlossen werden müssen. Sie sehen, was das für eine Zahl ist. Das muss man sich einfach mal vor Augen halten. Selbst wenn wir davon ausgehen, dass ein Vertrag im Vertragsreferat – das sind angenommene Zahlen – nur drei Stunden zur Bearbeitung braucht, würden bei einer 39,7-Stunden-Woche 60,68 Wochen benötigt werden, um die Verträge umzustellen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

In 2026 erfolgte die rechnerische Umstellung auf die neue Struktur, Fachleistungsstunden und kalkulatorische Leistungseinheiten mit erheblichen Auswirkungen. Die Umstellung ist vollzogen worden, jedoch sind Vorauszahlungen und Rechnungsbegleichungen vielfach nicht nachvollziehbar und werden von den Bezirken unterschiedlich gehandhabt. Personelle Ressourcen fließen somit auf beiden Seiten in Nachfragen, Abgleiche und Fehlerkorrekturen. Diese Problematik ist auch von der Senatsverwaltung erkannt worden. Zur Unterstützung wurden uns Listen zum Abgleich zur Verfügung gestellt. Das ist gut gemeint.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir zeigen Ihnen kurz, wie diese Listen aussehen. Das sind zwei Leistungsberechtigte, wo wir versuchen, das Chaos zu lichten. Das heißt, ein Träger mit 300 Klienten hat 6 100 Datensätze erhalten. Wir gehen davon aus, dass ein Datensatz ungefähr zehn Minuten in Anspruch nimmt. Sie können alle rechnen, was das bedeutet.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Irit Kulzk (AKT): Eine weitere Problematik ist die Anwendung des Gesamtplanverfahrens vom Teilhabefachdienst, worauf die Leistungsberechtigten nach dem Bundesteilhabegesetz einen Rechtsanspruch haben. Wir haben am Dienstag bei den Anwesenden eine schnelle Erhebung im AKT gemacht, die ergeben hat, dass bei 5 083 Leistungsberechtigten in 2026 nur 287 Gesamtplanverfahren angewandt wurden. Das ist kein böser Wille der Teilhabeplaner. Wir erleben viele, die die Verfahren durchführen möchten, es aber schlichtweg nicht schaffen. Wir wissen, es wird auch auf Bundesebene darüber diskutiert, dass das Teilhabeermittlungsverfahren zu umfangreich ist; gut gemeint, aber in der Realität nicht umzusetzen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Gabriela Bäumker (AKT): Wir sprechen von Bürokratieabbau, stellen aber fest, dass Bürokratie aufgebaut wird, weil die Abläufe unklar sind. Damit wird immer mehr Personal für die Klärung gebunden, und auch die pädagogischen Kollegen benötigen immer mehr Zeit für detaillierte Dokumentationen. Es sind alle damit beschäftigt, die bürokratischen Anforderungen kleinteilig zu erfüllen, die eigentlich abgebaut werden sollen.

Vielleicht können Sie besser verstehen, was wir meinen, wenn wir Ihnen das mal bildhaft darstellen. Wir sind auf den Gedanken gekommen, Ihnen ein Auto zu zeigen. Wir finden, das System ist eckig und es hängt. Die Verfahren sind nicht einheitlich. Die Steuerung und die Verantwortung sind nicht eindeutig geklärt, die Praxis-tauglichkeit nicht nachgewiesen. Wir sind nicht startklar. Wir müssen gemeinsam neue Entscheidungen treffen, damit wir in ein neues System starten können.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Irit Kulzk (AKT): Für uns bedeutet das, dass der begonnene Weg geordnet ausgesetzt werden muss, damit wir verbindlich evaluieren können und mit Ihnen gemeinsam Absprachen finden, die wirklich zu realisieren sind. Wir brauchen berlinweite Standards, und vor allem brauchen wir einen Praxistest, bevor wir starten. Außerdem brauchen wir einen Zeitplan, indem wir entsprechend der rechtlichen Anforderungen die Leistungsberechtigten fristgerecht informieren können. Die Perspektive auf die Leistungsberechtigten fehlt uns oft.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Gabriela Bäumker (AKT): Wir haben diverse Schreiben an die relevanten Stellen gesandt, wie auch verschiedene Amtsleiter und andere Verantwortliche, die mit dem Thema beschäftigt sind. Hier haben wir nur zwei Schreiben der Stadträte aus Zehlendorf und Treptow-Köpenick beigelegt, und wir fragen uns: Warum werden wir nicht gehört?

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Irit Kulzk (AKT): Es wird immer wieder gesagt, das ist der politische Wille. Wir suchen den politischen Willen. Wir wünschen uns von Ihnen, dass wir jetzt geordnet anhalten, dass wir gemeinsam auswerten, verbindlich alles Chaos und alle Knoten bereinigen und die Software auf allen Seiten anpassen, bei der Verwaltung, wie auch bei den Trägern, und dann praxis-tauglich starten. Es geht uns nicht darum, das Verfahren zu verhindern, was uns als Trägern oft unterstellt wird. Es geht uns darum, zu ordnen und zu lösen. Wir haben versucht, Ihnen die Situation mit Zahlen anschaulich zu gestalten, weil wir glauben, Ihr Alltag ist ein anderer als unserer, und Zahlen zeigen, welche Ressourcen bei Ihnen benötigt werden und auch bei uns. – Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und hoffen auf einen guten gemeinsamen Dialog.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Ich weise Sie darauf hin, dass Sie nicht klatschen dürfen. Es ist schön, dass Sie da sind, aber tatsächlich darf es keine Kommentare oder Bekundungen von unseren Zuschauerinnen und Zuschauern geben. Bitte halten Sie sich an der Stelle zurück. –

Frau Schubert hat sich gemeldet, danach Herr Düsterhöft, Frau Wahlen und Herr Wohler. – Bitte schön!

Katina Schubert (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden! Stichwort Effizienz: Wer wollte nicht Effizienz in der Verwendung öffentlicher Mittel. Das ist überhaupt keine Frage. In Zeiten von Maskendeals und rechtswidrigen Antisemitismuskeldern ist das vorderste Pflicht. Aber Effizienz heißt nicht zwingend Leistungskürzung und schon gar nicht, dass Effizienz zulasten der Leistungsberechtigten und der Beschäftigten gehen darf, die diese Leistungen erbringen. Deswegen müssen wir das Stichwort Effizienz auch noch mal überprüfen. Was heißt das denn nun eigentlich? Wenn damit ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber denen, die die Leistungen erbringen, verbunden ist und mehr Bürokratie statt weniger Bürokratie, dann wage ich zu prognostizieren, dass wir hier nicht über Effizienz reden, sondern über Kürzungen und letztendlich über Drangsalierungen. Deswegen muss man diesen Prozess noch mal vom Kopf auf die Füße stellen.

Das, was Sie vorgetragen haben, deckt sich mit Berichten einzelner Träger, die sagen: Wir finden den örV gut. Wir finden es auch richtig, dass man zu einheitlichen Verfahren kommt, aber wir haben keine einheitlichen Verfahren. Es ist nichts vorgegeben. Jeder bastelt jetzt sein eigenes IT-Programm. Welche Erfahrungen wir im Land Berlin damit machen, wenn jeder seins macht, das haben wir gerade erlebt. Das ist aus meiner Sicht nicht nachvollziehbar in heutigen Zeiten, dass man hingeht und sagt: Träger, macht mal euers. Wir machen unseres. Jeder Bezirk macht seins. – Die Bezirke schreiben: Leute, das geht so nicht. Wir bekommen das nicht hin. – Das ist aber der Senatsverwaltung schnuppe. Die sagt, wir müssen das jetzt machen. Ich weiß nicht, ob es SenFin ist oder ob ihr es seid. Das könnt ihr ja noch mal beschreiben. Tatsache ist, es gibt ganz viel Willen auf allen Seiten, zu einem effizienten Verfahren zu kommen und den örV umzusetzen, aber dazu braucht es gemeinsame einheitliche Verfahren, die von allen getragen und von der Verwaltung nachvollzogen werden können, die von den Bezirken gestemmt werden können und für die Träger und ihre Beschäftigten darstellbar sind, damit letztendlich das, was sein soll, nämlich dass die Leistungen bei den Betroffenen, bei den Leistungsberechtigten, die einen Anspruch darauf haben – wir reden hier nicht über nette Almosen, wir reden hier über Ansprüche –, ankommen. Deswegen ist es für mich sehr nachvollziehbar zu sagen: Lasst uns das Verfahren vom Kopf auf die Füße stellen. Lasst uns jetzt ein kurzes Stoppzeichen setzen und noch mal gucken: Wie bekommt man das zusammen hin, damit es am Ende funktioniert? Da sollte man sich nicht vom 1. Januar 2027 treiben lassen. Wenn es erst am 30. Juni 2027 oder 30. September 2027 ist, wenn es denn dann funktioniert im Interesse aller, ist das auch sinnvoll. Deswegen würde mich noch mal die Sicht der Senatsverwaltung interessieren, was sie eigentlich reitet, ins nächste IT-Chaos zu steigen. Das ist für mich nicht nachvollziehbar.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank, Frau Schubert! – Jetzt bin ich dran. An die Anzuhörenden noch der Hinweis: Wenn es zu viele Fragen werden, dann geben Sie gerne ein Zeichen. Dann unterbrechen wir an der Stelle und machen erst mal eine Beantwortungsrunde. Ansonsten würde ich so viel wie möglich erst mal sammeln, also gerne mitschreiben.

Lars Düsterhöft (SPD): Erst einmal stelle ich fest, dass es schade ist, dass SenFin heute nicht anwesend ist. Das wäre heute sicher sehr sinnvoll gewesen. Vielen Dank auch für die Schilderung der Situation aus Ihrer Sicht. Wenn man sich das anhört und sieht, wo wir derzeit bei der Umsetzung des örV stehen, wird deutlich, dass eine Verlängerung der Fristen das absolute

Minimum sein muss. Ich weiß, dass sich die Senatsverwaltung dafür schon bei der Senatsverwaltung für Finanzen eingesetzt, die Senatsverwaltung für Finanzen dies aber abgelehnt hat. Deshalb ist für mich auch ganz klar, dass man das Verfahren, so wie Sie es aufgeschrieben haben, anhalten, auswerten, bereinigen und neu starten muss. Darauf wird es in irgendeiner Art und Weise hinauslaufen. Wenn wir gemeinsam feststellen, dass das Verfahren nicht funktioniert, können wir nicht einfach so weitermachen. Deswegen kann ich diese Forderung sehr gut nachvollziehen. Ich glaube, dass wir uns darauf in den nächsten Monaten verständigen müssen, dass es dort in irgendeiner Art und Weise einen Moment gibt, wo wir noch mal anhalten und nach einem neuen ordentlichen Weg suchen.

Grundsätzlich ist es mir ein Anliegen, noch mal deutlich zu machen, dass es aus meiner Sicht ein Grundproblem ist, dass es ungenügend Vertrauen gegenüber den Trägern gibt. Ich verstehe, dass man auch als Verwaltung skeptisch gegenüber denjenigen sein muss, die sehr viel Steuergeld bekommen. Die Senatsverwaltung hat den Auftrag, mit dem Steuergeld ordentlich zu wirtschaften und immer genau hinzuschauen. Auf der anderen Seite finde ich die Zusammenarbeit oftmals durch ein gewisses Misstrauen geprägt, gar nicht so vonseiten SenAS-GIVA. Das ist kein Vorwurf an einzelne Personen. Es wurde hier auch schon deutlich, dass es da sehr viel Vertrauen gibt zwischen einzelnen Personen. Wenn wir es aber gemeinsam hinkommen wollen, dass es ein ordentliches, gut funktionierendes Verfahren gibt, dann muss man natürlich ganz besonders die involvieren, die tagtäglich damit beschäftigt sind, und das sind nun mal die Träger. Mir wäre es neu, dass die Träger das Eigeninteresse haben, möglichst viel Geld zu scheffeln, denn die allermeisten sind gemeinnützig und können sowieso nicht mit zu viel Geld etwas anfangen und bekommen selbst Probleme damit. Tatsächlich gibt es sehr viele Vorschläge seitens der Träger, wie man effizienter mit dem Geld haushalten, Bürokratie abbauen und wie man unterm Strich auch Kosten reduzieren kann, ohne dass an den Rechtsansprüchen gespart wird, ohne dass bei Tarifen gespart wird, ohne dass es irgendeinen Spardruck gibt und wir es trotzdem schaffen, gemeinsam effizienter unterwegs zu sein. Das ist ein Punkt, der mir sehr wichtig ist.

Der zweite Punkt ist, und damit komme ich zu meiner zentralen Frage, die Entwicklung der Ausgaben. Das würde mich sehr interessieren. Wir machen gerade schon die Erfahrung der Umstellung. Ich bekomme unterschiedliche Signale von den Trägern gespiegelt. Mal ist es konstant. Mal geht es deutlich nach oben. Ich vermute, dass die Ausgaben deutlich steigen, und damit bin ich bei meinem zweiten Punkt, der mir auch sehr wichtig ist. Herr Wohler und ich haben das in der Vergangenheit immer wieder deutlich gemacht, ohne dass ich Ihnen jetzt den Punkt wegnehme. Die gemeinsame Auffassung, die wir in den letzten Jahren entwickelt haben, auch immer wieder in Gesprächen mit Trägern, ist, dass wir es hinkommen müssen, dass die Verwaltung so gestärkt wird, dass sie Verhandlungen eigenständig führen kann und dass wir keine externen Berater mehr brauchen, die komischerweise immer dieselben sind. Das haben wir in der Vergangenheit intern sehr deutlich gesagt. Deswegen mache ich es heute noch mal in dieser Runde. Wir erwarten, dass es diese Kooperationen und diese Beauftragungen in Zukunft nicht mehr gibt. Der Eindruck ist, dass es aufseiten der Dienstleister ein erhebliches Eigeninteresse gibt, immer wieder neue Arbeit zu generieren, sprich: etwas zu verkaufen, was am Ende des Tages doch nicht so gut funktioniert, und dann kann man wieder die Verwaltung beraten, wie man es jetzt wirklich gut hinkommt. Dieser Eindruck darf nicht entstehen, und dieser Eindruck entsteht aber bei uns aufseiten der Politik und erst recht bei den Trägern, und das geht so in Zukunft nicht weiter.

Der letzte Punkt: Wir müssen uns auch darüber unterhalten, wie die Verwaltung aufgestellt ist. Wollen wir weiterhin an der Struktur von zwölf Teilhabefachämtern festhalten? Wollen wir eine Zentralisierung, eine Vereinfachung und eine Vereinheitlichung der Verfahren? Das sind alles Fragen, die müssen wir in den nächsten Monaten miteinander klären. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, als Rot-Rot-Grün das Berliner Teilhabegesetz umgesetzt hat.

Da haben wir eigentlich eine Zentralisierung gewollt, und diese ist dann an den Bezirken gescheitert, sodass wir uns letztendlich gezwungenermaßen darauf einlassen mussten, zwölf regionalisierte Teilhabefachämter zu haben. Vielleicht schaffen wir es gemeinsam, doch noch diese Strukturen zu überdenken und bessere Strukturen zu finden. Soweit von mir.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Frau Wahlen, und danach Herr Wohler!

Catrin Wahlen (GRÜNE): Erst mal ganz herzlichen Dank für Ihre Ausführungen, Frau Senatorin, aber ganz besonders unseren Anzuhörenden. Ich habe logischerweise trotzdem noch Fragen und würde damit beginnen, dass ich die Empfehlungen der Sozialstaatskommission noch mal in Erinnerung rufen möchte, dass es darum gehen wird, den Umgang mit Tarifsteigerungen zu klären. Wir können aus meiner Sicht im Auftrag der Stadt nicht untertariflich bezahlen. Das ist etwas, wovon ich nicht abrücke. Diese sogenannten Reformdebatten sind Spardebatten, die genau in diese Richtung gehen, und da möchte ich natürlich gerne eine Aussage vom Senat hören.

Dann möchte ich fragen, wie die weiteren Schritte zum Thema Umsetzung unserer Reform sind. Können Sie sich dieses Aussetzen für ein Jahr vorstellen, um alles zu harmonisieren und einen Praxistest zu machen, damit wir nicht im Blindflug in einem Riesenchaos in 2027 landen?

Ich möchte noch zwei Dinge ansprechen. Das eine sind die Teilhabefachämter. Ich erlebe sie als sehr gewillt und kooperativ. Wenn wir uns den Prozess anschauen, wo die Effizienzen entstehen können, ohne dass die Menschen weniger Leistungen bekommen oder ohne dass hier nur eine Schuld hin- und hergeschoben wird, ohne das Problem anzugehen, denke ich schon, dass dort miteinander gesprochen werden muss. Ich habe auch um Zahlen gebeten, und das geht vorne und hinten nicht auf. Das spiegelt sich mit Ihren 5 000 Leistungsberechtigten, von denen keine 300 ein ordentliches Verfahren bekommen haben im Jahr. Es ist klar, dass wir mit den Ressourcen anders umgehen müssen. Wir müssen vielleicht auch in die große Klärung von Wiederholungsanträgen und so weiter kommen, damit sich da die Bürokratie nicht auf der Stelle dreht und alle drehen sich drumherum. Das wäre sehr unglücklich.

Ich habe herumgerechnet, und die Verwaltungskosten sind in dem Zeitraum von zehn Jahren um 45 Prozent gestiegen. Ich denke, da gibt es sicherlich auch Steigerungen, die notwendig gewesen sind, aber ich habe den Eindruck, dass das schon auch mit unnötiger Bürokratie, die sich aus der Misstrauenskultur speist, zu tun hat.

Jetzt komme ich zu meiner letzten Frage: Gibt es eine pauschale Fortschreibung der Kosten für nächstes Jahr? Wir können jetzt schon absehen, dass es sehr unwahrscheinlich ist, dass die vertraglichen Umstellungen klappen werden. Ich glaube, dass es ein guter Moment wäre, um Klarheit darüber zu schaffen, dass die neuen Fachleistungsstunden nicht ab 1. Januar 2027 in die – – Es geht ja nicht, wenn die Verträge noch nicht mal umgestellt sind. Ich lasse es erst mal dabei. Vielleicht wirklich die Frage mit der pauschalen Fortschreibung. Können Sie sich das vorstellen, oder was würde passieren, wenn das nicht passiert?

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank! – Herr Wohler, danach Frau Auricht!

Björn Wohlert (CDU): Vielen Dank an die Anzuhörenden! Ich nehme jedes Gespräch mit Ihnen so wahr, dass Sie eine hohe Expertise haben und, ich glaube, das teilen wir auch alle, ein sehr starkes Engagement für die Interessen und Rechte von Menschen mit Behinderungen. Deswegen haben Sie auch unser aller Vertrauen verdient, sei es vom Parlament, sei es von der Regierung und auch von der Zivilgesellschaft. Ich glaube, wenn Sie an irgendwelchen Stellen Misstrauen empfinden, dann ist das entsprechend ernst zu nehmen, und dann muss man dieses Misstrauen beseitigen.

Sie haben viel über die Herausforderungen gesagt, auf der einen Seite Umstellungsprozesse, die laufen, wo es sicherlich auch noch Punkte gibt, wo man nachschärfen muss. Das haben Sie alles dargestellt. Gleichzeitig laufen öffentlich geführte Reformdebatten mit unterschiedlichen Papieren und unterschiedlicher Qualität im Status dessen, was dort steht. Deswegen erst mal eine Frage an den Senat gerichtet: Besteht Kenntnis darüber, wann ein konkreter Gesetzesentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales kommen könnte? Mein letzter Stand ist, dass das irgendwann im Laufe dieses Jahres wäre. Jetzt ist das Jahr schon etwas vorangeschritten, aber auch da bewegen wir uns noch in einem Bereich, der vier Monate abdecken kann, wo dann auch die Frage ist: Zu wann treten Dinge in Kraft? Wie können die Träger der Eingliederungshilfe sich vorbereiten? Gibt es vielleicht auch Dinge, die in den jeweiligen Bundesländern möglicherweise erst ausgestaltet werden müssen? Wir haben nach den Rahmenvertragsverhandlungen und dem einen oder anderen Umstellungsprozess, der beschrieben wurde, gemerkt, dass ein gewisser Vorlauf nötig ist, damit man sich einstellen kann, unabhängig davon, wie man einzelne Bausteine einer Reform bewertet. Bisher haben wir öffentlich geführte Debatten unterschiedlicher Beschlüsse, Vorschläge, Diskussionsgrundlagen, was natürlich auch zu einer gewissen Verunsicherung beiträgt, weil man nicht wissen kann, welcher Vorschlag welche Qualität hat und wie spruchreif Dinge dann am Ende sind. Insoweit sollten wir auch als Bundesland darauf drängen, dass nicht nur die inhaltlichen Dinge korrigiert werden, sondern dass zeitnah und dann mit Vorlauf für die Träger Entscheidungen getroffen werden, damit man der Arbeit seriös nachgehen kann.

Wir haben viel über die inhaltlichen Fragen gesprochen. Wir sind uns, glaube ich, hier im Ausschuss alle einig, dass wir es mit einem Bereich in der Eingliederungshilfe zu tun haben, wo wir sehr viele Rechtsansprüche haben. Das macht es verhältnismäßig schwierig, Dinge überhaupt kürzen zu können, wenn man dann die Dinge, die man beschließt, nicht rechtlich angreifbar gestalten will. Dennoch ist die Debatte, die ich an der einen oder anderen Stelle zu öffentlich zu einem zu frühen Zeitpunkt finde, weil man, wie ich schon eingangs sagte, noch nicht so richtig konkret das eine oder andere diskutiert beziehungsweise nicht weiß, wie konkret das werden soll – – Trotzdem sollen Träger der Eingliederungshilfe in dieser Debatte eine Rolle spielen. Deswegen die Frage an die Anzuhörenden: Wo gibt es denn Bereiche, wo Sie sagen, da könnte man möglicherweise finanzielle Mittel einsparen, ohne die genannten Rechtsansprüche einzuschränken und auch ohne Leistungen für Menschen mit Behinderung zu kürzen? Ich denke an Stichwörter, die teilweise auch schon gefallen sind: Bürokratieabbau, Trägerbudgets, vielleicht auch die Wohnteilhabe-Bauverordnung, wo bis 2033 Dinge geplant sind, die wahrscheinlich nicht realistisch umzusetzen sind, vor allem nicht dann, wenn man die Bestandsgebäude halten und nicht aus seinen Gebäuden ausziehen möchte, was auch Mietverträge betrifft. Insoweit vielleicht darüber hinausgehend noch mal ein paar Impulse von Ihnen, wo Sie sagen: Das würde uns helfen, wenn ihr da spart, wenn ihr da kürzt, aber nicht zulasten der Betroffenen, nicht zulasten der Menschen mit Behinderung, die die Leistung in Anspruch nehmen sollen. Ob das dann am Ende reicht, um das, was in vielen Bereichen, weil

wir alle wissen, wie die Haushaltslage im Bund und den Bundesländern ist – Ob es reicht, nur damit zu operieren, kann ich jetzt gar nicht abschätzen, aber ich glaube, der erste Fokus sollte immer sein: Was können wir möglicherweise an Bürokratie abbauen, was vielleicht für beide Seiten auch ein Gewinn sein könnte, bevor wir darüber nachdenken: Wie kann man den Leistungsumfang so reduzieren, dass es bei den Menschen möglichst wenig Unannehmlichkeiten gibt? Das muss immer nachrangig sein, und ich glaube, da sind wir uns zumindest hier im Ausschuss einig, und dahingehend auch die Erwartung, die viele im Bundesland Berlin teilen, dass Leistungskürzungen in diesem Bereich weitgehend zu vermeiden sind.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank, Herr Wohler! – Frau Auricht, bitte schön!

Jeannette Auricht (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden! Viele Fragen wurden schon gestellt. Mich interessiert natürlich auch ganz besonders die Kosteneinschätzung. Bürokratieabbau und Effizienz ist irgendwie in diesem Land schwer umzusetzen, wenn man das so hört. Wir wünschen uns das natürlich alle sehr. Meine Frage würde auch dahin gehen: Wo könnten Sie sich vorstellen, wo gekürzt werden kann, ohne dass es die Leistungsträger oder die Mitarbeiter selber trifft, zum Beispiel Bürokratieabbau oder Bauvorschriften? Gibt es denn auch Träger, die diesen öRV nicht mitgezeichnet haben? Es gibt auch viele private Anbieter. Was macht man mit denen? Was passiert da? Haben da einige womöglich sogar schon Insolvenz, Leistungsstopp oder Kurzarbeit angekündigt? Wissen Sie darüber irgendetwas? Das würde mich auch interessieren, denn es gibt, wie gesagt, Träger, die diesen öRV nicht mitgezeichnet haben. – Vielen Dank!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Ich schaue noch mal in die Runde. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Dann erst mal zum Abschluss Frau Pieroth-Manelli. – Bitte schön!

Catherina Pieroth-Manelli (GRÜNE): Ich bin nicht so wirklich vom Fach, aber mein Themengebiet Gesundheit hat schon in den letzten zehn Jahren Soziales immer wieder gestreift. Da das heute auch mein letzter Fachausschuss ist, möchte ich schon noch mal ein paar Dinge loswerden und erfragen. Auf Frau Auricht möchte ich hier gar nicht eingehen. Ich meine, wenn man in einem anderen Bundesland viele Leistungen abschaffen will, bis hin zu Inklusion abschaffen spricht, frage ich mich, was Sie hier überhaupt mit Leistungserbringung meinen. – [Zuruf von Jeannette Auricht (AfD)] – Ich spreche mal weiter aus.

Ich stimme Herrn Düsterhöft zu: Das Hauptproblem ist, dass wir mit den schwierigen Haushaltsberatungen, die Sie mit uns ertragen mussten, und überhaupt der BTHG-Einführung in Berlin mit einem zweistufigen System, alle viel hinter uns haben, und jeweils war SenFin nicht anwesend, so wie heute auch wieder, und das ist, glaube ich, das Grundproblem. Da muss SenFin in Zukunft, wenn wir die Möglichkeit, die vielleicht die Sozialsenatorin doch in den nächsten Wochen, wo bis Dezember bekanntlich hier nichts konstituiert und passieren wird – noch mal, im Hinblick auf den Zeitplan, den Frau Wahlen angesprochen hat, zu erreichen. Das kann man trotzdem politisch versuchen. Ich habe 2016 Dinge in den Koalitionsvertrag schreiben können, dass wir zum Beispiel drei MZEBs haben und wollten weitere zwei. Das sind Zentren für Menschen mit einfach und mehrfach Behinderung, wo sie auch ärztlich versorgt werden können. Daher auch diese Schnittmengen. In der Zeit hat sich sehr vieles verändert, und ich möchte jetzt einfach mal in die Runde fragen: Was sagen Sie zu Zentralisierung versus Teilhabefachdienste in den Bezirken? Wir wissen auch, dass einige Träger in dem Vertrag gar nicht mehr vorgesehen sind beziehungsweise ihn nicht mit unter-

schrieben haben. Wo können die angesiedelt sein? Jetzt meine Hauptfrage: Ist zu dem Zeitplan – – Mit was ist dieses Moratorium gegebenenfalls anzufüllen?

Das Budget kursiert auch so, dass SenFin sich dazu immer sehr offen äußert, das Trägerbudget. Ich nehme wahr, dass es von Soziales mit den Einschränkungen, die wir jetzt bei den – – Ich muss gerade mal unseren Antrag aufrufen. Wenn bei dieser fachlichen Weisung, die die Senatorin angesprochen hat, in einem zweiten und dritten Jahr die Stunden so gekürzt werden und wir keinerlei Erkenntnisse haben über die Beratungsleistung, warum die dann weniger wird, sind wir da nicht ganz weit von einem Budget entfernt? Meinen wir mit Budget wirklich mehr Vertrauen, wie die CDU gerade so schön gesagt hat, mehr Eigenverantwortung bei den Trägerinnen und Trägern, und wollen wir in die Richtung? Bemühen Sie sich noch um einen anderen Zeitplan? Ich selbst habe diese entsetzlichen Listen, die Sie hier aufgerufen haben, auch schon in Prüfungen gesehen, weil ich bei verschiedenen Trägern mitarbeite. Wir müssen da etwas hinbekommen. Das ist die größte Bevölkerungsgruppe, die wirklich unsere Hilfe benötigt. Wir sind hier gemeinsam in eine kafkaeske Geschichte reingerutscht.

Da kommt meine letzte Frage, Frau Senatorin: Ist es tatsächlich so, ich habe eben so ein bisschen durch die Blume gefragt, dass der externe Dienstleister Schmitt-Schäfer aus allen Verträgen schon raus ist? Was ist vorgesehen? Herr Düsterhöft wünscht sich auch sehr, dass solche Verträge nicht mehr eingegangen werden. Also im Klartext, da ist wahrscheinlich die Abhängigkeit von einer Agentur mittlerweile so groß, dass weder Verwaltung noch Träger noch wir politisch entsprechend durchsehen, und das muss ganz schnell abgestellt werden. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen, für Ihre Wortmeldungen! – Dann kommen wir zur Senatsverwaltung zur Beantwortung, und danach sind Sie selbstverständlich dran. – Bitte schön!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch noch mal für die Nachfragen! Ich möchte zu drei Punkten Stellung nehmen. Zum einen war die Frage, wann der Entwurf zur Reform der Eingliederungshilfe kommen wird. Soweit ich weiß, plant das BMAS im Herbst dieses Jahres einen Entwurf, und wahrscheinlich wird die Kabinettsplanung im Januar 2027 sein.

Zur Genese öffentlich-rechtlicher Vertrag et cetera hat Frau Schütz schon einiges gesagt. Das war ein Kraftaufwand, dass wir diesen Kompromiss gefunden haben. Wir sind dann auch gleich in die Umsetzung gegangen, in der ersten Phase die rechnerische Umstellung mit der Vergütungsstruktur. Da gab es auch Rückmeldungen, sodass wir dann auch mit den Bezirken noch mal geguckt haben: Wie bekommen wir das gut umgesetzt? Das hat dann mehr Zeit in Anspruch genommen. Wir haben dann dieses Jahr im Februar – – Ich entscheide diese Fristen nicht, wann was umgesetzt werden soll. Wir sind dann mit der Senatsfinanzverwaltung – – Es ist gerade auch bedauert worden, dass sie heute nicht dabei ist. Wir haben im Februar die Senatsfinanzverwaltung angeschrieben und auf die Herausforderungen hingewiesen. Wir arbeiten mit der LIGA und den Bezirken eng zusammen und wollen natürlich auch einen ordentlichen Umsetzungsprozess haben. Wir haben die Senatsverwaltung gebeten, hier mehr Zeit einzuräumen als den 1. Januar 2027, aber wir sind da bisher noch nicht zu einem Einverständnis gekommen.

Dann noch zur Frage der Tariflöhne et cetera: Wir hatten lange Zeit auf Bundesebene die Zusage, dass Tarifverträge natürlich refinanziert werden. Jetzt sind die Diskussionen leider so, dass das immer mehr infrage gestellt wird, auch die Wirtschaftlichkeit der Refinanzierung infrage gestellt wird. Das haben wir bei der Gesundheitsreform in dem Paket auch schon gesehen, und das wird sich wahrscheinlich bei der Eingliederungshilfe – dazu sage ich gleich noch etwas –, aber auch bei der Pflege fortziehen. Wir haben uns im Dialogprozess beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales als Land Berlin sehr stark dafür eingesetzt, und das war unter anderem auch mein Petitum. Ich kann aber wirklich sagen, die Diskussion innerhalb der Länder war keine einfache. Die Diskussion war schon, dass tarifliche Entlohnungen nicht refinanziert werden. Wir haben es als Land Berlin in diesem Dialogprozess hinbekommen, einen Kompromiss zu erreichen, der aus unserer Sicht – – Wir hatten dort keine Mehrheit für eine andere Regelung, aber immerhin haben wir erreichen können, dass die Refinanzierung von tariflichen Entlohnungen nicht infrage gestellt wird und grundsätzlich erhalten bleibt, aber die Refinanzierung der Tarifsteigerung im Blick behalten werden soll. Es gibt Übersichten darüber, wie sich die Tariflöhne im Vergleich zum TV-L entwickelt haben, und in dieser Übersicht wird deutlich, dass bei den Trägern die Tarifentwicklungen deutlich über der Entwicklung des TV-L sind. Unser Erfolg war es, in diesen Verhandlungen zu erreichen, dass nicht die tariflichen Entlohnungen abgesenkt werden, sondern die Tarifsteigerungen in den Blick genommen werden, in Orientierung auf den TV-L dann in Zukunft. – Dann würde ich an den Staatssekretär weitergeben und dann an Frau Herzig-Pairan.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA): Vielleicht einen Punkt mit einem Wunsch verknüpft, dass man Rollenverständnisse sehr gut im Blick behält. Das ist nämlich unsere Aufgabe, einmal zu wissen, was die politische Rolle ist und was die Fachebene in Verhandlungen voranbringt, weil wir auch dafür zuständig sind, dass Prozesse laufen und am köcheln sind. Das ist wie beim Kochen. Entweder man zerkocht es, indem man zu viel Feuer reingibt, oder man lässt es vor sich hindümpeln, dann kocht da gar nichts. Das ist, um dahinzukommen, was Frau Schütz sehr schön aufgeführt hat, wie wir zu dem öffentlich-rechtlichen Vertrag gekommen sind. – [Zuruf von Katina Schubert (LINKE)] – Das würde ich tatsächlich infrage stellen, was nicht heißt, dass man nachsteuern muss. Vor uns, um es dann einmal deutlich auszuführen, der Prozess hat 2019 begonnen. Man hat verhandelt und verhandelt und verhandelt, ohne zum Punkt zu kommen. Dann ist die Frage als politisch Verantwortlicher: Gibst du da einmal notfalls Zeitpunkte, wo eine Verhandlung zum Ende kommen muss? Das haben wir 2024 getan. Das hätte ich mir ehrlicherweise früher vorgestellt oder gewünscht, dass man das gemacht hätte, denn permanent zu verhandeln und auch auf politischer Ebene immer wieder in den Prozess zu gehen und zu sagen: Ich verhandle im Detail aus. Du hast ein Problem, kommst zu mir, und ich gehe da mal rein und rede mit meiner Fachebene in einem Detailgrad, was Politik so schlicht nicht einschätzen kann.

Ein Beispiel ist: Natürlich habe ich auch immer wieder mit den Kollegen der LIGA-Spitze diskutiert. Da geht es um Jahreszeiten. Ich kann zum Beispiel an der Stelle, wie werden Jahreszeiten berechnet – – In den Systematiken greife ich ein. Das darf nicht abgekoppelt von anderen Systemen sein et cetera. Da kann ich eingreifen. Aber ich werde nicht eingreifen in jedes Detail: Wie lang sind die Fahrzeiten, welche Urlaubs- oder Krankheitstage wir berechnen. An der Stelle muss man einmal klar haben: Was ist der politische und was ist der fachliche Bereich? Das ist ein Wunsch für die Zukunft, weil es unschön wäre, wenn irgendjemand, falls wir nicht dasitzen, reingeht und sagt: Ich habe im Ausschuss gehört, wir bremsen jetzt

den Prozess aus. – Das wäre wirklich schlimm, was nicht heißt, dass man in den Detailfragen tatsächlich im Diskurs sein muss. Das ist das eine.

Deswegen, wie gesagt, haben wir bewusst 2024, wir hätten es deutlich entspannter haben können und es weiter so laufen lassen, entschieden: Okay, jetzt brauchen wir mal einen Endpunkt. Das hätte früher sein müssen. Das muss sich jeder politisch Verantwortliche fragen lassen, warum das nicht passiert ist. Hätte man das früher miteinander deutlich in dieser Zielrichtung gemacht, dann hätte man natürlich schon Pilotprojekte miteinander aufsetzen können. Ich spiele einmal den deutlichen Part an der Stelle: Man hätte natürlich nach 2019 in den Verhandlungen deutlich weiter kommen können, dass wir Pilotprojekte für Übergänge machen et cetera, was nicht heißt – – Das ist trotzdem noch mal ein Punkt, dass wir bei Zeitfragen als Senat mit einer Stimme sprechen. Das hat die Senatorin klargemacht, wo unterschiedliche Herangehensweise sind. Gerade der Punkt mit Anfang nächsten Jahres ist ein Punkt wo wir sagen: Okay, das muss man sich noch mal genauer angucken. Da wäre der Wille, es eigentlich länger zu ziehen, um da tatsächlich auch geordnet – – Wir hatten es auch in den Phasen vorher, wo Sie auch berichtet haben, dass die Bezirke gestrauchelt sind. Auch haben wir die Diskussion geführt: Brauchen wir nicht einen Moment länger, als da jetzt einen großen Druck aufzubauen?

Warum haben wir den Druck aufgebaut? – Wir hätten noch weiter jahrelang in dieser Situation verharren können, wo Verhandlungen vor sich hindümpeln. Jetzt kommen wir in die Situation, deswegen haben wir das bewusst so gemacht, wo wir auf Verwaltungsebene über Budgetthemen diskutieren und verhandeln, in Projekten et cetera. Zu diesem Punkt wären wir gar nicht gekommen, wären wir noch verhaftet gewesen in: Wir verhandeln noch jahrelang. Das war auch Sinn der Sache.

Zu den steigenden Kosten: An der Stelle kann ich keine Zahl liefern, nur, worauf sich das Land konzentriert hat, um den Unterschied zum Bund zu zeigen. Der Bund hat keine klare Richtung, außer: Wir müssen sparen und irgendwo etwas kürzen. – Im Land haben wir genau das Gegenteil. Wir sagen nämlich: Wir müssen die Steigerung der Zukunft dämpfen durch Strukturanpassungen et cetera. Daran sitzen wir, und diesen Prozess sollte man auch tunlichst weiter fortführen.

Zum externen Berater: Wir sind erst mal dankbar über jeden, den das Land beschäftigt. Das wäre ein illoyales Verhältnis, wenn man sich hier hinstellt und sagt: Alles schlimm, der hat uns ausgenutzt et cetera, denn das hatte schon seinen Sinn, weil auch bei uns auch das Personal ein Thema war. Ich bin sehr dankbar, dass wir Frau Herzig-Pairan aus dem Bezirk klauen durften. Seitdem haben wir auch eine andere Voraussetzung. Das heißt, wir sind stückchenweise dabei, die Kompetenzen bei uns aufzubauen, um dann ablösen zu können. Ich kann nicht in eine Verhandlung gehen, ohne dass ich das Personal dafür habe und dann da blank stehen. Deswegen war das eine Phase, wo wir ihn brauchten. Im Moment ist es nur das Coaching, aber, wie gesagt, an der Stelle will ich auch aus Loyalitätsfragen – – Jeder, der für uns beschäftigt ist, macht da nicht irgendwie sein Ding. Dann würden wir die Aufsicht falsch machen, und dann wäre das die ganzen Jahre vorher auch schon falsch gelaufen. Das dazu.

Der letzte Punkt: Das Thema Zentralisieren. Sie haben zu Recht gesagt – ich übertreibe jetzt – jeder Bezirk macht das anders und seins. Dafür sind wir natürlich gerade mit der Verwaltungsreform an einem anderen Punkt, wo wir deutlich stärker steuern wollen. Das Zweite ist,

wir haben das Projekt zur Organisationsentwicklung der Eingliederungshilfe, wo wir das in den Blick nehmen. Da gibt es sehr viel Kritik. Deswegen habe ich mich gefreut, dass der eine oder andere genickt hat, der im politischen Prozess da eher die Aufruhr nutzt zu sagen: Nein, das ist alles falsch. – Es freut mich, wenn man dazu nickt, weil das eine Frage ist, schlau zu gucken: Welche Stellen kann man zentralisieren, welche nicht? Wir gehen da nicht blind ran und wollen alles an uns ziehen, das ist nicht der Sinn, aber den Prozess gestalten wir trotz Schmerzen, weil das, wie gesagt, Aufruhr erzeugt, aber politisch ist es geboten, den ganzen Prozess am köcheln zu halten. Das machen wir gerade, sodass das auch ein Punkt ist, den wir weiter voranbringen können. Für die Details in der ordentlichen Rollenaufteilung würde ich einmal weitergeben.

Marielies Herzig-Pairan (SenASGIVA): Vielen Dank, dass ich heute aus Sicht der Verwaltung zum Prozess Stellung nehmen kann. Ich würde gerne bei dem ansetzen, was Frau Schütz eingangs gesagt hat. Wir haben am 14. Mai 2025 den öffentlich-rechtlichen Vertrag geschlossen und hatten zum 1. Januar 2026 die Aufgabe, da die Vergütungsstruktur um die Kostenleistungsrechnung für die Bezirke gerade im Bereich der Eingliederungshilfe nicht mehr zeitgemäß war, rechnerisch umzustellen. Das heißt, dass wir in der ganz normalen alten Struktur, in der die Leistungserbringer gearbeitet haben, weiter tätig sind, aber die Vergütung nicht mehr in Hilfebedarfsgruppen oder Leistungsgruppen erfolgt, sondern jetzt in einer neuen Vergütungsstruktur.

Die Senatsverwaltung hatte genau viereinhalb Monate Zeit diesen Prozess, und wir haben gehört, was für ein Volumen dieser Vertrag hat, 1,3 Milliarden Euro im Jahr bei 20 000 Personen, zu gestalten, technisch, organisatorisch in den Bezirken, ein Riesenprojekt, das eine andere Ressource verdient hätte. Die hatten wir nicht. Wir hatten Bormittel, hatten die Bezirke, hatten die Leistungserbringer. Die hatten auch nicht mehr. Die haben kein Geld bekommen, um diesen Umstellungsprozess zu machen, sondern wir alle haben mit sehr viel Aufwand und sehr viel Herzblut diesen Prozess gestaltet. Wenn man im Echtbetrieb eine solche Umstellung vornimmt, passieren Fehler. Das geht gar nicht anders. Wir haben ganz kleine Erprobungsschleifen gefahren, und immer wenn dann im Echtbetrieb Fehler aufgetaucht sind, sind alle kreativ geworden und haben geguckt, wie sie das Ganze beheben können. Da haben die Leistungserbringer recht. Das war für alle eine Riesenherausforderung, für die Senatsverwaltung, für die LIGA auch, die uns begleitet hat, für Leistungserbringer und Bezirke.

Jetzt sind wir dabei, zum 1. Januar 2027 diese notwendigen Schritte der rechnerischen Umstellung abzulösen durch eine voll inhaltliche Umstellung. Das wurde schon beschrieben. Es werden Fachkonzepte eingereicht, und anhand dieser Fachkonzepte wird dann die Vergütung umgerechnet.

Nachdem wir im ersten Schritt, der rechnerischen Umstellung, immer hinterhergearbeitet haben, sind wir gerade dabei, mit der LIGA den Weg zu gehen vorzuarbeiten, zu schauen, welche Probleme auftreten können, und Lösungen zusammen zu entwickeln. Wir haben eine Leistungsvergütungsvereinbarung fast in der Abstimmung. Die Kalkulation der Leistungen, ein wirklich komplexer Vorgang, ist praktisch abgestimmt und wird demnächst allen zur Verfügung gestellt. All diese Schritte gehen wir gerade. Diese rechnerische Umstellung, in zwei Systemen zu arbeiten, in dem alten, was die Leistungen angeht, und dem neuen, was die Vergütung angeht, hat ganz viele Problempunkte. Wenn Sie jetzt die Umstellung aussetzen, verharren wir in diesem Problem. Damit tun Sie dem Prozess überhaupt gar keinen Gefallen. Also aus Sicht der Verwaltung wäre es dringend notwendig, dem Prozess zwar mehr Zeit zu geben, aber ihn nicht anzuhalten.

Wie sieht es mit dem 1. Januar 2027 aus? – Es wurde wunderbar dargestellt, wie viel Zeit wir brauchen, um umzustellen. Der 1. Januar 2027 ist schon faktisch überhaupt nicht zu halten. Keiner muss Angst haben, dass am 1. Januar 2027 keine Leistungen mehr erfolgen oder irgendetwas passiert, weil wir nicht umgestellt haben. Es kann von uns nicht zum 1. Januar 2027 erfolgen. Das braucht Zeit, die Fachkonzepte abzustimmen, und es wurde gesagt, zum 30. September sind die einzureichen. Die Fachkonzepte sind seit dem 1. Januar 2026 einzureichen, und wer bis zum 30. September 2026 ein ernstzunehmendes Fachkonzept eingereicht hat, darf – und das war auch eine Frage – an der pauschalen Fortschreibung teilnehmen, die wir allen zur Verfügung stellen, weil wir wissen, dass wir zum 1. Januar 2027 nicht alle umgestellt haben werden.

Die pauschale Fortschreibung wird eine Leistungs- und Vergütungsvereinbarung umfassen, die nicht so weit laufen wird wie bisher, sondern eine kürzere Laufzeit haben wird. Aber es wird dann so sein, dass es eine sogenannte Fortgeltung gibt, das heißt, das erhöhte Entgelt, dass eben auch die Tarifierungen anerkennt, wird so lange weitergezahlt, bis dann der neue Vertrag mit den Leistungserbringern verhandelt wurde. Insofern ist faktisch mehr Zeit im System, weil wir es nicht zum 1. Januar 2027 schaffen können, egal, was politisch gesetzt wird. Es ist vielleicht nicht ganz konform, das so zu sagen, aber es ist tatsächlich so.

Dann war eine Frage, ob wir kein Vertrauen haben. – Es geht gar nicht darum, dass der Kostenträger kein Vertrauen in die Leistungserbringer hat. Wir würden nicht über Jahrzehnte vertrauensvoll zusammenarbeiten, und wir sind ja auch im Austausch. Gerade war eine Kollegin beim letzten Treffen des AKT da, und ich werde auch beim nächsten Treffen dort sein. Wir sind im Austausch, sprechen miteinander, und ich denke, dass die Zusammenarbeit tatsächlich vertrauensvoll ist. Aber der Leistungsträger oder der Eingliederungshilfeträger braucht natürlich auch Transparenz, wo die Kosten hingehen, und die war bisher nicht ausreichend da. Wir haben bei ganz vielen Kosten gewusst, wir zahlen Gelder, aber wie die eingesetzt wurden, wie sich die Kostenarten zusammensetzen, war bisher nicht bekannt. Deswegen muss es da auch tatsächlich mehr Kenntnis für den Eingliederungshilfeträger geben. Das müsste ja auch für den Haushaltsgesetzgeber von Interesse sein. Davon gehe ich einfach mal aus.

Die Umstellung auf den öffentlich-rechtlichen Vertrag hängt nicht mit dem Prozess FSoz zusammen. Der öffentlich-rechtliche Vertrag ist deswegen verhandelt worden, weil wir einen Auftrag des Gesetzgebers hatten, das Vertragswerk dem BTHG und jetzt dem SGB IX anzupassen. Das sind zwei verschiedene Prozesse, und dieser FSoz-Prozess kam ja auch deutlich später. Also die gehören nicht zusammen. Es geht nicht darum, jetzt Kosten über diesen öf-

fentlich-rechtlichen Vertrag zu drücken, sondern da geht es ausschließlich darum, einen BTHG-konformen Rahmenvertrag zu schaffen.

Die Ausgabenentwicklung in diesem Jahr ist unauffällig. Wir haben es genau mit den Erhöhungen zu tun, die auch in allen anderen Jahren, durch Tarifierpassungen, durch Einzelverhandlungen, pauschale Fortschreibungen zu verzeichnen waren. Also die Umstellung – – Wir sind ja auch nur in der rechnerischen Umstellung, es kann ja auch irgendwie keine auffälligen Anpassungen in den Entgelten geben. Wir arbeiten ja noch in der alten Struktur und haben nur die Bezahlung umgestellt, und es wäre komisch, wenn dann mit einem Mal Kostensteigerungen oder -verringerungen zu erkennen wären. Entsprechend dem, was wir gemacht haben, ist auch die Kostenentwicklung unauffällig.

Wie sieht es mit unklaren Abläufen aus? – Mehr Bürokratie – das ist das, was ich schon gesagt hatte –, tatsächlich haben wir gerade im Bereich der rechnerischen Umstellung immer wieder hinterhergearbeitet. Wir sind gerade dabei, ganz viele Prozesse anzufassen, die schlecht gelaufen sind. Das Paradebeispiel haben wir hier gesehen, ist die Abrechnung, da müssen wir dringend für die inhaltliche Umstellung arbeiten. Das machen wir auch mit der LIGA, da gibt es eine Unterarbeitsgruppe, die ganz genau schaut, wie man das gestalten kann, dass das möglichst bürokratiearm ist. Wir sind an dem Thema dran. Die sind ja bei uns angekommen. Es ist ja nicht so, dass Sie schreiben, und wir tun so, als ob da nichts wäre, sondern diese Themen gehen in die Arbeitsplanung zwischen Land und LIGA ein und werden dort bearbeitet. Immer wieder nehmen wir auch neue Hinweise auf. Ich schule zum Beispiel die Teilhabefachdienste. Wenn da Hinweise an mich kommen, dann nehme ich das in die Senatsverwaltung mit, und wir versuchen, alles umzusetzen, damit eben die Prozesse vernünftig laufen. Darum geht es.

Bei Softwareanpassungen sind wir dabei, aufseiten der Leistungserbringer gibt es auch ganz viele Softwareanpassungen, und es macht sich umso besser, wenn die Prozesse klar sind, und da sind wir gerade dabei, das auch für das nächste Jahr genauso umzusetzen, wie Sie es gefordert haben. Es wird, weil wir immer im laufenden Prozess sind, auch da sicherlich Fehler und Anpassungsbedarf geben. Aber das ist ja von Frau Schütz auch schon gesagt worden. Wir haben die Evaluation miteinander verabredet, und wir werden sowohl den Vertrag als auch die Prozesse auf den Prüfstein stellen und schauen, was besser gemacht werden muss und kann, wo Anpassungen notwendig sind. Diese Themen sammeln wir immer schon parallel, die kommen bei uns an, und wenn wir dann zusammen in den Prozess gehen, werden die auch alle angefasst werden. – Ich hoffe, ich habe jetzt alle Fragen beantwortet und nichts vergessen.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Haben Sie vielen Dank für Ihre Ausführungen! – Ich habe jetzt noch mal eine weitere Wortmeldung von Frau Wahlen gesehen. Gibt es hier aus der Runde noch weitere Wortmeldungen? – Das sehe ich nicht. – Dann, bitte schön, Frau Wahlen!

Catrin Wahlen (GRÜNE): Ich wollte zum Thema rechtlich angreifbare Bescheide daran erinnern, dass die Widerspruchsbeiräte abgeschafft worden sind und das auch eine unglückliche Kombination ist, wenn Unsicherheit herrscht, ob die Bescheide Bestand haben, und wenn wir keinen Widerspruchsbeirat haben, in dem das diskutiert werden kann.

Dann möchte ich zum Thema Tarifsteigerung sagen: Wenn die Träger unter TV-L sind, zum Beispiel 20 Prozent, und sie versuchen, in Richtung TV-L zu kommen, damit sie auch – – [Zuruf Herr Delius (SenASGIVA)] – Wenn ein Träger, zum Beispiel Albatros, unter dem TV-L bezahlt und dann versucht, Personal zu gewinnen und die Bezahlung verbessert, um in Richtung TV-L zu kommen und dann zum Beispiel 7 Prozent mehr zahlt, dann ist ja die Steigerung größer als beim TV-L. Aber das Niveau reicht immer noch nicht, und dann finde ich es abenteuerlich, das nicht mitzutragen und zu refinanzieren. Das wollte ich noch mal so in den Raum stellen.

Dann wollte ich noch gern wissen, wie mit den Trägern umgegangen wird, die nicht Teil des öffentlichen Rahmenvertrages sind. Wie viele sind das, und wie steht es gerade um sie? – Dabei belasse ich es erst mal.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank, Frau Wahlen! – Vielen Dank auch noch mal für die Frage! – Ich habe die jetzt noch mal rangenommen, damit auch die Anzuhörenden vielleicht jetzt noch mal auch auf diese Frage eingehen können. Auf jeden Fall haben Sie jetzt auch noch mal das Wort, und die Senatsverwaltung kann danach natürlich auch noch mal auf diese Frage ergänzend eingehen.

Gabriele Bäumker (AKT): Ich beginne. – Dann versuchen wir, darauf mal ein Stück weit einzugehen.

Ich fange mit der Evaluation an. Frau Herzig-Pairan, in der Ziel- und Kooperationsvereinbarung ist es ja eindeutig benannt. Aber wenn Sie sagen an der Stelle: Wir fangen jetzt an zu evaluieren –, könnte man die Vorstellung bekommen, dass es doch ein bisschen spät angegangen wird, denn eigentlich sollte 2026 genutzt werden, um zu evaluieren, um dann wirklich die Praxistauglichkeit mit dieser rechnerischen Umstellung zu erproben. Das war, würde ich sagen, relativ eine – – Vielleicht habe ich es ja auch falsch gelesen. Das können wir uns im Nachgang noch mal anschauen.

Dann gehe ich auf das Pilotprojekt ein. Es gab ein Pilotprojekt, was auch in Ihrem Haus sehr umfangreich begleitet wurde. Da sind uns leider wenig Ergebnisse zur Kenntnis gegeben worden. Wir wissen nicht wirklich, wie dieses Pilotprojekt vonstattengegangen ist und welche Erkenntnisse Sie daraus gewonnen haben. Wir haben verschiedene Fachtagungen besucht. Da gab es sicherlich auch gute Ansätze, aber von den Ergebnissen her: Was ist in die Umsetzung, die wir für 2027 angehen müssen, eingeflossen?

Die Rollen sind klar, Herr Bozkurt. Ich glaube, es ist uns verständlich, dass Politik eine andere Aufgabe als die Fachverwaltung hat. Hier noch mal: Es geht wirklich nicht um die Einzelnen. Wir sehen, alle sind ganz viel am Arbeiten und versuchen immer, viel umzusetzen und auch im Sinne der Aufgaben und Rollen, aber natürlich auch im Sinne der Leistungsberechtigten an den Start zu bringen. Allerdings hören wir immer aus der Senatsverwaltung: Das ist der politische Wille, und der politische Wille sagt: Hui, ich kann in der Verwaltung – – Na gut, da stecke ich nicht so tief drin. Das macht es für uns schwierig. Wir werden zwischen diesen beiden Aussagen zerrieben.

Zur Kalkulation: Frau Herzig-Pairan, Sie haben gesagt, dass Wenige bisher eingereicht haben. Das liegt daran, dass es viele Unklarheiten gibt. Es sind viele Dinge noch nicht ausreichend

definiert, und Sie müssen das auch von unserer Seite verstehen: Wenn wir ein Fachkonzept, das wirklich unsere Grundlage ist, mit Kalkulation einreichen, dann ist es so wichtig für uns, dass die Dinge eindeutig im Vornhinein definiert sind und dabei auch belassen werden. Wir haben jetzt wieder die Situation: Wir sollen noch ein Hitzeschutzkonzept mit reinbringen. Es gibt Anpassungen bei Einzel- und Gruppenleistungen, was für uns eigentlich relativ klar in der Anlage 4 geregelt war. Es gibt Fachleistungen, und die Gruppe ist eine Methode, weil ein Mensch mit Behinderung mal die Einzelleistung braucht, aber gegebenenfalls auch Gruppenleistungen, wenn es gerade seinem Teilhabebedarf entspricht oder dazu dient, Barrieren abzubauen. Der WTG-Auftrag ist immer noch, nach wie vor, Barrieren abzubauen.

Zur pauschalen Fortschreibung: Wir begrüßen es natürlich, dass sich darüber Gedanken gemacht werden. Das, was jetzt im Raum steht, ist, dass wir die pauschale Fortschreibung bis zum 31. März bekommen sollen, das heißt auch wieder Bürokratieaufwand, und es steht auch im Raum, dass es dann, wenn es zu Einzelverhandlungen geht, rückwirkend angepasst wird. Aber da bin ich jetzt gerade so ein bisschen unsicher. Das können Sie vielleicht auch noch mal erklären, was sich da SenFin überlegt hat.

Es ist wirklich eine absolute Schwierigkeit, dass SenFin in den Arbeitsgruppen nicht mit am Tisch sitzt und dann hinterher sagt: Die Ergebnisse, die erarbeitet – – Ja, aber wenn Sie sagen – – Woran liegt das denn? Das ist ja die Frage: Warum gibt es keine Möglichkeit, den Finanzsenat da mit reinzubekommen, und warum hat er hinterher die Möglichkeit, Ergebnisse noch mal infrage zu stellen, damit sie wieder neu besprochen werden müssen?

Da auch noch mal an Sie, Herr Bozkurt: Die Verhandlungen dauern ewig, aber man muss sich fragen, warum. Ich denke, auch da müssten Sie hinschauen, warum Verhandlungen so lange dauern. Was ist an dieser Stelle verkehrt? Das wäre ja auch der Auftrag, die Verhandlungsstruktur, die Vereinbarungen miteinander – – Ich glaube, die LIGA ist an vielen Stellen auch manches Mal verzweifelt, würde ich sagen, weil man etwas vereinbart hat, man kommt in die nächste AG – wir können es nur von außen beurteilen, was wir geschildert bekommen –, dass man wieder neu ansetzt, und das macht Verhandlungen lang. Ich glaube, auch da könnte man effizienter sein. Wir haben vielfach über die Strukturen gesprochen. Ich glaube, die Effizienz ergibt sich aus einheitlichen Verfahren in den Bezirken. Wenn das einheitlich gestaltet wird, dann sparen wir so viel Zeit und Geld auf allen Seiten, und wir können etwas für die Mitarbeiterzufriedenheit tun, denn ich glaube, die liegt momentan ein bisschen am Boden.

Der letzte Punkt, Zentralisierung, darüber kann man sprechen, aber ich glaube, wir müssen erst mal an Verfahren herangehen, weil es nichts nützt, die Dinge, die jetzt gerade nicht gut laufen, dann noch zu zentralisieren. Wir waren mit Herrn Klatt gemeinsam in Wien, wir haben uns das angeschaut, das kann man sich wirklich überlegen. Wir möchten nur mit auf den Weg geben: So ein Prozess dauert vielleicht um die zehn Jahre, bis so etwas etabliert ist. Auch das ist wichtig, dass man an dieser Stelle jetzt nicht wieder alles verlagert, weil es hier nicht so gut funktioniert. Da gibt es Lösungen, wir sind auch absolut interessiert, daran mitzuwirken, weil es Entlastung für alle bringt. Aber jetzt zentralisieren, muss man sich überlegen, ob es wirklich die Lösung ist, die uns aktuell weiterbringt.

Irit Kulzk (AKT): Ich würde gerne noch mal anfügen, dass ich mich frage, wer eigentlich die Macht hat. Eigentlich brauchen wir gar nicht verhandeln, weil Finanzen entscheidet. Dann ist das alles sinnlos, was wir tun.

Ich finde, Herr Bozkurt, Sie haben eine sehr eigene Sicht auf die Dinge. Ich kann das nicht so unterstützen, wie Sie das sehen. Ich erinnere mich an einen Termin mit Ihnen, wo Sie sehr klar sagten, wir sollen wiederkommen, wenn es ein Problem gibt, Sie haben für uns keine Zeit. Ich sehe nicht, dass Sie sich für die Menscheneingliederungshilfe intensiv einsetzen, und uns zu sagen, die Themen waren zu kleinteilig – dann sorgen Sie doch politisch dafür, dass Finanzen mitgeht. Wir haben ja keine exorbitanten Forderungen, und eine Tarifbezahlung wollen Sie auch alle hier am Tisch. Also ich meine, da kann man doch überhaupt nicht dagegen sein, das finde ich ein Unding. Wir sind tarifgebunden. Ich finde, man muss davon weg, dass Finanzen die Macht hat, und wir müssen schauen, was der Auftrag des Staates ist, den wir übernehmen, und das muss man auch würdigen.

Ich bin sehr froh, Frau Herzig-Pairan, dass auch Ihre Kollegin da war, dass wir im Kontakt sind, dass wir sprechen und über die Probleme reden. Aber auch hier bitte ich Sie: Drei Monate lösen nichts! Wir brauchen einen weitaus längeren Faktor. Wir müssen wissen, was auf uns zukommt, unsere Wirtschaftspläne sind geschrieben, wir müssen in Leistungen gehen, und einige Träger haben immer noch diverse Lücken an Finanzierungen, weil die Umrechnung nicht so richtig gut gelungen ist. Wir befinden uns in einem unglaublichen Dilemma.

Lassen Sie mich noch einen Satz zu den Fachkonzepten einfügen. Die hätte man ab Januar einreichen können, aber ein Fachkonzept von Januar würde heute gar nicht mehr stimmen, weil sich die Bedingungen geändert haben. Auch da haben Sie ja verstärkt Kollegen eingesetzt. Aber auch so ein Fachkonzept bekommen Sie mit 150 Anmerkungen zurück. Dann heißt es, einmal sollen Zahlen rein, einmal sollen keine Zahlen rein. Auch da gibt es keine Stringenz. Von daher haben viele von uns gewartet, bis man der Meinung ist, jetzt steht es, wie es sein soll, und die geben jetzt erst ab. Mir ist wichtig, noch einmal zu sagen, das war kein: Wir verweigern uns die abzugeben –, es war einfach viel Unsicherheit, und es kostet auf allen Seiten unendlich viel Arbeit. Von daher appelliere ich daran, dass wir nicht nur drei Monate haben, sondern dass Sie sagen, es sind bis zu sechs oder neun, und es wird dann weitergearbeitet. Auch bis zum 1. April wird das Vertragsreferat nicht 803 Verträge umgestellt haben. – Danke schön!

Elisabeth Schütz (LIGA): Danke für Ihre Fragen und Anregungen! – Ich beginne noch mal bei der Frage: Woher kommen gerade die ganzen sogenannten Effizienzdiskurse? – Die gibt es ja auf Bundesebene und auf Landesebene, und ich verweise hier auf die Stellungnahmen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, und die LIGA Brandenburg hat auch ein sehr gutes Papier geschrieben.

Im Detail: Es ist nach dem Ausgabenzuwachs gefragt worden. Ein erheblicher Teil des nominalen Ausgabenwachstums im Sozialbereich ist kein realer Leistungszuwachs, sondern spiegelt einfach nur die allgemeine Preis- und Kostenentwicklung wider. Wer Sozialausgaben ohne Preisbereinigung diskutiert, agiert unseriös und an der Realität vorbei. Die sogenannte Kostenexplosion im Sozialbereich ist zu einem erheblichen Teil das Ergebnis bundespolitischer Entscheidungen – Rechtsansprüche, Leistungsgesetze, Beitragsfreistellungen –, die oft ohne ausreichende Gegenfinanzierung auf die Länder übertragen worden sind. Der Bund hat zum Beispiel seit 2018 seinen Anteil an der BTHG-Finanzierung nicht erhöht.

Sparen im Sozialbereich geht nicht ohne Konsequenzen. Wer an Prävention, Frühintervention spart, zahlt morgen das Vielfache – Krisenintervention, Unterbringung, gesellschaftliche Folgekosten –, und eine ehrliche Haushaltspolitik muss diese Kosten mit bedenken. Der Sozialstaat und die soziale Sicherheit sind unsere Demokratiegaranten. Die Erosion des Vertrauens in diese Ordnung speist sich aus Erfahrung von Ungleichheit oder Kontrollverlust.

Grundlegend ist: Wir arbeiten entsprechend der UN-BRK. Diskurse zum Pooling, zu Gruppenleistungen dürfen diese Errungenschaften einer personenzentrierten Teilhabe nicht negieren. Unser Grundsatz bleibt die Subsidiarität. Sie garantiert auch die Vielfalt der Leistungserbringer. Auch das sozialrechtliche Dreieck bleibt unsere Grundlage, übrigens auch, wenn wir Budgets einsetzen. Es gibt ein Berliner Gutachten dazu. Wer Budgetleistungen umsetzt, hat sich an das sozialrechtliche Dreieck zu halten. Budgets sind übrigens kein Kosteneinsparungsinstrument. Auch hier wünschen wir uns deutlich mehr Souveränität gegenüber SenFin. Die LIGA-Geschäftsführungen haben gegenüber SenFin einen Anforderungskatalog erstellt, wie Entscheidungs- und Steuerungsstrukturen hier zu etablieren sind – bisher ohne Antwort.

Einseitige Belegungsrechte und weitreichende Steuerungsmöglichkeiten – wie auf Bundesebene gefordert – konterkarieren die Idee einer partnerschaftlichen Leistungserbringung. Solche Vorschläge lassen eine verantwortliche politische Gesamtstrategie vermissen. Wir als Leistungserbringer wirken konstruktiv bei anderen Formen mit, wir werden allerdings keine Sparvorschläge akzeptieren, die Menschen in Not schlechter stellen.

Rechtsansprüche: Unsere Qualitätsstandards und Menschenwürde sind nicht verhandelbar, Subsidiarität, Trägervielfalt, tarifliche Pflichten auch nicht. In Berlin gab es eine Verabredung zu Guter Arbeit. Tarifliche Bezahlung wurde über alle Parteigrenzen hinweg gefordert, und die ist Voraussetzung für eine Personalgewinnung in Zeiten des Fachkräftemangels.

Die Leistungserbringer, die LIGA, wird sich jedenfalls nicht dafür rechtfertigen, dass wir Leistungsansprüche von Leistungsberechtigten analog der Rechtsgrundlagen umsetzen. Im Gegenteil, wir verweisen auf Versorgungslücken, auf Steuerungsdefizite, auf mangelnde Sicherstellung von Daseinsfürsorgeleistungen – den Wohnungsmarkt, den Arbeitskräftemangel hatte ich schon erwähnt.

Ich selbst bin von der LIGA mandatiert, eine realistische Zeitdynamik hier einzufordern, und wir stehen dafür zur Verfügung. Wir glauben, dass Effizienzgewinne möglich sind, indem es einheitliche, abgestimmte Verfahren gibt, indem es ein Gesamtkonzept gibt. Das Mindeste ist, dass ein verhandelter Vertrag im Verfahrensrecht ordentlich umgesetzt wird. Leistungsberechtigte erhalten aktuell Bescheide, die mit dem Leistungsrecht, mit den Verträgen der Leistungserbringer nicht übereinstimmen. Da gibt es viele Irritationen und Erklärungsnot, und das lässt sich beheben. Ich hatte vorhin schon gesagt, wir erwarten, dass die ZLP 2.0 überarbeitet wird.

Wir sind – kurzer Schwenk zur Pflege – auch nicht mit der Bescheidungshilfe und der Anrechnung von Pflegezeiten hier in diesem System einverstanden. Das halten wir für fachlich und rechtlich nicht korrekt.

Das Ordnungsrecht kann und sollte überarbeitet werden. Es muss kongruent sein im sozialrechtlichen Leistungsdreieck. Es muss eine Gefahrenabwehr sicherstellen, und es muss unse-

ren Mitgliedern Handlungssicherheit geben. Sie sind jetzt in Dilemmata, wenn sie zivilrechtliche Vorgaben, arbeitsrechtliche Vorgaben, leistungsrechtliche Vorgaben gut umsetzen müssen. Da können wir besser sein. An der Stelle ist Effizienzgewinn deutlich möglich.

Zu den Teilhabefachdiensten: Wir wünschen den Teilhabefachdiensten natürlich bessere Arbeitsstrukturen, bessere digitale Arbeitsstrukturen. Wir erwarten, dass sie einheitlich vorgehen. Dazu brauchen sie aber auch eine Senatsverwaltung, die diese Verfahrensfragen korrekt vorgibt, also gute Arbeit macht. Wir stehen zur Beratung zur Verfügung. Im letzten Prozess sind unsere Beratungsleistungen nicht korrekt in die Ergebnisse eingeflossen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Wir haben Ihnen zu danken! – Bitte schön, noch eine Ergänzung!

Gabriele Bäumker (AKT): Ich würde gern noch mal darauf eingehen, Frau Herzig-Pairan, dass Sie sagten, dass Sie in der Ziel- und Kooperationsvereinbarung ein bisschen skeptisch waren. Ich habe es noch mal rausgesucht: § 1, da steht es unter dem Buchstaben d): Gewinnung von Praxiserfahrung im neuen Leistungs- und Vergütungssystem. Ich denke, damit sind eindeutig auch Evaluationen gemeint, und das ist wiederum auch ein Grundproblem, dass Evaluationen immer wieder vereinbart werden, auch mit dem Berater, der da auch ein großer Fan ist, Herr Schmitt-Schäfer, immer wieder evaluieren möchte oder das auch mit einzubringen, allerdings bei Sachen, die eigentlich noch gar nicht durchgeführt werden. Wir haben es vorgestellt, das Gesamtplanverfahren wird nicht so durchgeführt, wie die Menschen mit Behinderung eigentlich ein Recht darauf haben. Die dann zu evaluieren – das kann man ja tun –, aber dann müsste man an der Stelle wirklich schauen, warum das nicht funktioniert. Die Teilhabefachplaner möchten da gern auch den Bedarf richtig erheben. Das liegt nicht daran. Es ist einfach viel zu umfangreich und entspricht nicht den Möglichkeiten, die Menschen mit Beeinträchtigungen haben, um dann da auch ihre Teilhabeziele entsprechend zu formulieren.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Vielen Dank! – Dann, bitte schön, die Senatsverwaltung noch mal!

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA): Auf einen Punkt möchte ich noch mal eingehen, Frau Kulzk, wenn ich in Gesprächen mit Ihnen bin. Ich bin eine Einheit mit meiner Verwaltung. Das heißt, Sie werden aus mir nicht rausgequetscht bekommen, dass die alle ihre Arbeit schlecht machen, und wenn ich die Fragen, die Sie stellen, völlig anders beantworte, und Ihnen dann sage: In solche Gespräche müssen wir nicht gehen –, daraus zu deuten: Sie haben keine Zeit für uns gehabt und für die Themen und dann auch noch für die Belange der Menschen, da finde ich Ihre Aussage ehrlicherweise nicht ganz korrekt, und das möchte ich einmal von mir weisen. An der Stelle, Frau Schütz hat es eben noch mal erwähnt, waren ja zahlreiche Punkte, zum Beispiel die Einheitlichkeit, wie steuert man die Bezirke et cetera. An diesen Themen sind wir tatsächlich dran. Die letzten Punkte kann ich nur unterstreichen.

Noch mal mit den Rollen: Da habe ich ehrlicherweise nicht Sie adressiert, sondern die Abgeordneten. Die stehen wahrscheinlich demnächst vor Koalitionsverhandlungen, und ich habe da an der Stelle deutlich machen wollen und die Bitte geäußert, in Koalitionsverhandlungen nichts festzuschreiben, wovon sie keine Ahnung haben, und diese Detailebene und die Rollenklärung – – – [Zuruf Katina Schubert (Die Linke)] – Bitte? Ich habe es gerade nicht verstanden. Es geht darum, in Verhandlungen zu gehen und zu sagen: Wir brechen den Prozess

jetzt ab oder wir pausieren ihn! –, ohne im Detail zu stecken, das ist brandgefährlich. Darauf war das bezogen, und da hoffe ich auch, dass Sie das mitnehmen.

Wenn ich dann soweit bin und wir das mit den Abgeordneten klären – – Die Abgeordneten hätten ja die Möglichkeit, SenFin zu bewegen. Zwar haben hier eben alle noch mal ihr Bedauern geäußert, warum SenFin hier nicht sitzt. Ich nehme mal die Kollegen in Schutz: Wenn sie nicht eingeladen werden, kommen sie auch nicht. Man kann auch bitten, dass die Hausleitung der SenFin hierhin kommt, hat der Ausschuss auch nicht getan. Das sind die Instrumente der Abgeordneten, um Druck zu erzeugen, und da will ich nur einmal spiegeln: Sie haben Instrumente. Zu zeigen: Wir sind in Ohnmacht und können nicht gestalten – davor warne ich, weil das den Falschen hilft. Sie können gestalten. Sie hätten ehrlicherweise auch SenFin bewegen können.

Wie gesagt, als Verwaltung sprechen wir mit einer Stimme, und ich will an der Stelle auch spiegeln: Wir haben auch auf der anderen Seite der Verhandlungen häufig Situationen gehabt, wo Verbände verhandeln, zu ihren Trägern gehen und auf einmal die Welt völlig anders aussieht. Das ist kein Vorwurf, das ist einfach: Jeder hat seine Rolle, auch die Verbände haben eine Rolle, die Träger haben eine andere Rolle. Ich will nur dafür werben: Hier ist niemand böse unterwegs, und wir müssen nur sauber trennen, was kann ich auch wirklich beurteilen. Es wäre vermessen von mir zu sagen: Ich kann ganz genau beurteilen, wie häufig bei Ihnen jemand krank sein darf und die Jahresarbeitszeit. Das wäre vermessen, und darauf war das bezogen: nicht, dass ich auf so einen Detailgrad keine Lust habe, sondern manche Sachen kann ich schlicht schlecht beurteilen, und da folge ich meiner Fachebene. Das wollte ich an der Stelle klargemacht haben. Ich hoffe, das ist angekommen. – Aber Frau Herzig-Pairan noch mal.

Marielies Herzig-Pairan (SenASGIVA): Ich würde gern noch die zweimal gestellte Frage zum Bund privater Anbieter und den nicht verbandsgebundenen Leistungserbringern beantworten. Alle nicht dem örV beigetretenen Leistungserbringer und auch alle Leistungserbringer, die die Ziel- und Kooperationsvereinbarung nicht unterschrieben haben, haben sich trotz allem bereiterklärt, die rechnerische Umstellung mitzumachen, und in den Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen wird – so lange wir nicht wieder einen Rahmenvertrag haben – der örV als Allgemeine Geschäftsbedingung Gegenstand sein. Insofern werden die Regelungen des örV für alle Leistungserbringer gleich angewandt, auch für die, die nicht dem örV-EGH beigetreten sind.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Bitte schön!

Irit Kulzk (AKT): Ich möchte noch mal erwidern: Wenn nicht Sie der politische Wille sind, der was in der Verwaltung ändern und mal sagen kann: Stopp! –, die Verwaltung aber sagt: Das können wir nicht, das ist politischer Wille! – Mit wem sollen wir denn reden, der etwas verändern kann? – Herr Bozkurt hat gesagt, es macht keinen Sinn mit ihm zu reden, denn er steht hinter der Verwaltung und dem, was sie tut. Wir sagen als Träger: Wir brauchen Unterstützung, damit die Verwaltung mal einen Stopp einlegt oder welches Thema auch immer. Jetzt sagen Sie, Sie gehen ja mit der Verwaltung. Mit wem sollen wir reden, wenn wir sagen: Wir brauchen Unterstützung, um mal in den Prozess zu schauen, wenn keiner zuständig ist?

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA): Ich hoffe, die Verwaltung hat an der Stelle deutlich – gemeint war wahrscheinlich – da interpretiere ich, aber vielleicht können wir das auch mal offen besprechen – auch das Zusammenspiel mit der SenFin. Ich bin nicht drange-
gangen und habe gesagt: Nein, das und das dürft ihr partout nicht tun! Um das Bild auch noch mal zu korrigieren: Ich hatte ehrlicherweise zahlreiche Gespräche, wo ich trotzdem ins Detail gegangen bin und wahrscheinlich kann Frau Herzig-Pairan Ihnen auch sagen, wo ich sie mit Fragen genervt habe: Transfer, auch die Jahresarbeitszeit habe ich mal durchgerechnet und mit verstanden, also ich bin da schon ins Detail gestiegen und habe allen anderen auch mit Ihren Verbandsvertretern – Da bin ich nicht zu jedem Träger oder einzelnen Träger gegangen, aber das haben wir tatsächlich auch gemacht. Der politische Wille: Das war wahrscheinlich auf das bezogen, was den Senat in seiner Summe betrifft und das Zusammenspiel mit der SenFin.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: So, und damit das jetzt hier nicht weiter ausartet und wir wieder die Frage bekommen: Wo ist das Popcorn? –, lassen wir das an dieser Stelle und stellen fest, dass wir am Ende der Anhörung sind. – Stimmt, Frau Schubert hatte sich noch gemeldet. Entschuldigung, das habe ich nicht gesehen! Das war jetzt der Versuch, das zu beenden. – Bitte schön!

Katina Schubert (LINKE): Ich bin ja schon ein bisschen älter und habe ein bisschen gelernt, zwischen den Zeilen zu lesen. Ich schließe jetzt daraus: Ihr könnt nichts dafür, SenFin ist schuld! – richtig? – Nicht nur? – Ich meine, es geht ja um die Frage operatives Handeln. Also wie bekommt man so ein Verfahren besser aufgesetzt? Mir geht es gar nicht darum, wer jetzt schuld ist oder nicht schuld ist. Das ist mir ganz egal. Es geht jetzt um die Zukunft und das, was möglicherweise zu verhandeln ist. Da muss man wissen, wo es hakt und wo man es geschmeidiger hinkriegen kann. Da habe ich jetzt rausgehört, bei SenFin wird weniger fachorientiert entschieden, sondern danach, was es kostet. Jetzt ist es natürlich erst mal Aufgabe ei-

ner Finanzverwaltung zu schauen, dass das Geld reicht, aber auch Finanzverwaltungen können ja Prioritäten setzen, in die eine wie die andere Richtung, und die haben ja auch ihre Präferenzen. Das heißt: Ist mein Eindruck richtig, dass es da weniger um Fachfragen geht, sondern erst mal nur um pauschal: Die müssen so und so viel Einsparungen bringen, ganz egal wie?

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Frau Pieroth-Manelli hat versprochen, es hübsch zu machen! – Bitte schön! – Danach die Senatsverwaltung zum endgültigen Abschluss.

Catherina Pieroth-Manelli (GRÜNE): Ich finde es in einer letzten Sitzung kurz vor der Wahl eigentlich für uns alle unwürdig, nach diesen Haushaltsverhandlungen und in dieser Sachlage, wo aus den verschiedensten Gründen SenFin mit der politischen Leitung dieser Verwaltung hier anscheinend nicht immer zusammengearbeitet hat, uns hier jetzt zu verkämpfen. Die Hälfte von uns wird hier in drei Wochen gar nicht mehr sitzen. Insofern sollten wir uns jetzt hier nicht mit Schuldzuweisungen und diesen Dingen beschäftigen, sondern entgegen dem, was Herr Bozkurt gerade gesagt hat, uns als Abgeordnete um einen guten Koalitionsvertrag bemühen, und dazu werden wir auch in der Lage sein, da bin ich ganz sicher, und dann können wir vielleicht jetzt hier mal zu einem guten Ende kommen.

Vorsitzender Lars Düsterhöft: Gut, da kam schon die Forderung nach dem Popcorn. – Herr Staatssekretär, wollen Sie noch etwas sagen? Ansonsten nehmen wir das jetzt so hin. – Schön, dann der zweite Versuch, und dann machen wir das jetzt aber auch: Vielen lieben Dank, dass Sie da waren! Sie waren die letzten Anzuhörenden dieses Ausschusses in dieser Wahlperiode. Ich finde, Sie haben das ganz toll gemacht, haben uns ganz viel mit auf den Weg gegeben, haben sich auch gut an die Zeiten gehalten. – Vielleicht dürfen wir oder ein Teil von uns Sie dann in der neuen Legislaturperiode auch wieder hier begrüßen. Schön auch, dass die Gäste da waren! Sie dürfen selbstverständlich gern weiterhin bleiben, aber ich vermute mal, Sie haben sich besonders für diesen Tagesordnungspunkt interessiert. Deswegen sind wir Ihnen selbstverständlich nicht böse, wenn Sie beim nächsten nicht mehr anwesend sein wollen. Aber schön, dass Sie da waren! Auch vielen Dank an die Verwaltung, dass Sie da waren! – Ich darf noch feststellen, dass wir natürlich die Tagesordnungspunkte abschließen, das war jetzt der Wink. – Okay, wir schließen die Tagesordnungspunkte 3 a, 3 b und 3 c ab.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Aktueller Stand und Zukunft des
Ausbildungsmarktes**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0075](#)
ArbSoz

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 08.06.2023

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Ein Auszubildendenwerk für Berlin – Für mehr
Qualität und bessere Wohnmöglichkeiten in der
Ausbildung**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

[0117](#)
ArbSoz

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 20.03.2025

- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
DGB-Ausbildungsreport – Auswertung
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0242](#)
ArbSoz

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/3075
**Mehr Selbstbestimmung für Menschen mit
Behinderungen: Bedarfe kennen, Budgetassistenz
stärken**

[0328](#)
ArbSoz

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/2967
**Gegen den Abbau sozialer Sicherung:
Existenzbedrohende Grundsicherungsreform
stoppen**

[0318](#)
ArbSoz
BuEuMe(f)
Haupt

Hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke zum Antrag
der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/2967-1
**Gegen den Abbau sozialer Sicherung:
Existenzbedrohende Grundsicherungsreform
stoppen**

[0318-1](#)
ArbSoz
BuEuMe(f)
Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.